

Gerhard Feige ist seit 2005
Bischof im Bistum
Magdeburg. Er wurde in
Halle geboren und wuchs
in der DDR auf.



»Die Empathie geht verloren«

Der Erfolg der AfD verändert schon jetzt das Land, sagt der katholische Bischof von Magdeburg, Gerhard Feige. Die aggressive Polemik der Partei gegen die Kirchen erinnert ihn an die Zeit in der DDR – mit einem wichtigen Unterschied

Publik-Forum: Herr Bischof Feige, mit welchem Gefühl schauen Sie auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt?

Gerhard Feige: Zwischen angespannt und flau. Je öfter Umfragen kommen und neue Werte bekannt werden, desto wahrscheinlicher scheint ein Wahlsieg der als gesichert rechtsextrem eingestuften AfD. Aber wir geben nicht auf. Wir versuchen, noch etwas zu bewirken – gemeinsam mit vielen anderen in der Gesellschaft.

Wie machen Sie das konkret? Als Bischof können Sie ja keine Wahlempfehlung abgeben. Menschen, die mit der AfD sympathisieren, könnten sagen, Sie tragen zur Vertiefung der Spaltung bei.

Feige: Wir haben eine Initiative gestartet unter dem Titel »Bewusst wählen«. Dabei stehen wir auch in engem Kontakt mit den evangelischen Kirchen. Wir wollen Gegensätze nicht verschärfen. Aber wir wollen daran erinnern, dass Demokratie mehr ist als die Mehrheit. Sie braucht Menschenwürde, Solidarität, Dialog und die Bereitschaft, den anderen nicht zum Feind zu erklären. Damit wollen wir ins Bewusstsein rufen: Wer wählt, entscheidet auch darüber, welches Menschenbild und welches gesellschaftliche Miteinander er unterstützt. Die Gefahr ist, dass viele aus dem Bauch heraus wählen. Die

wenigsten kennen das Programm der AfD genau. Noch weniger kennen die Pressemitteilungen der AfD-Landtagsfraktion. Die sind oft noch einmal deutlich schärfer.

Warum hat die AfD in Sachsen-Anhalt eine so große Anziehungskraft?

Feige: Das ist eine ganze Gemengelage. Natürlich spielt die globale Entwicklung eine Rolle, wie die autoritären Tendenzen in Europa und in den USA. Begleitet wird dies durch die Krisen der vergangenen Jahre: die Finanz- und Wirtschaftskrise, Corona mit all den Impfdiskussionen, die Migrationskrise, den Ukrainekrieg. Viele erleben das als Überforderung. Dann gibt es hier die DDR-Vergangenheit, die gekennzeichnet war von einer schwachen Zivilgesellschaft und der Erwartung, dass der Staat alles regeln soll. Zugleich herrschte ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Staat. Das ist ein Widerspruch, aber er ist real. Hinzu kommen die Erfahrungen nach der Wende, die für viele mit biografischen Brüchen und Demütigungen verbunden sind. Unzählige Arbeitsplätze gingen verloren. Und auch wenn sich die Ge-

» Wer wählt,
entscheidet, welches
Menschenbild er
unterstützt

samtliche wesentlich verbessert hat, herrschen in vielen Lebensbereichen weiter ungleiche Verhältnisse zwischen Ost und West. Das sitzt tief.

Wie erleben Sie diese Stimmung?

Feige: Viele Menschen sagen in Umfragen, sie lebten gern in Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig gibt es ein allgemeines gesellschaftliches Jammern. Nach der Wende wurde dafür der Satz geprägt: »Mir geht's gut, uns geht's schlecht.« Dieses Gefühl wird jetzt politisch genutzt. Der Soziologe Steffen Mau führt die Stimmung unter anderem auch darauf zurück, dass die Bevölkerung hier stark zurückgegangen ist und weiter überaltert. Er spricht von einer Schrumpfungsgesellschaft. Eine solche aber verengt sich und wird defensiv. Fremdes empfindet man dann schneller als Bedrohung und zieht sich in Nischen zurück. Das kenne ich aus der DDR. Manche bezeichnen die DDR sogar nostalgisch als eine »gemütliche Diktatur«. Für jemanden, der diese Zeit erlebt hat, tut so ein Satz weh. Ich bin 38 Jahre in der DDR sozialisiert worden. Ich war dankbar, als die Mauer fiel, und bin es bis heute.

Sie sprechen von verbaler und mentaler Verrohung. Wie zeigt sich das?

Feige: Im Umgang miteinander. In den sozialen Medien lässt man, auf Deutsch gesagt, die Sau raus. Manche E-Mails, die ich bekomme, sind extrem unflätig und aggressiv. Dabei drückt Sprache nicht nur etwas aus, sondern prägt auch. Begriffe wie »Altparteien« wurden von der AfD gesetzt und von vielen übernommen. »Remigration« war vor zwei Jahren noch ein Skandalwort; inzwischen steht es auf Plakaten. Das erinnert mich an Victor Klemperers Sprachanalyse des Dritten Reichs, *Lingua Tertii Imperii*, kurz LTI genannt. Bislang Unsagbares wird auf einmal übernommen. Und es kommt noch etwas dazu: Empathie geht verloren. Vielen ist es egal, was in der Ukraine passiert. Man sagt, uns geht es doch auch nicht gut. Solche Sätze höre ich immer wieder. Das verändert ein Gemeinwesen.

Die AfD greift die Kirchen scharf an. Sie haben in Interviews Vergleiche zur Situation der Kirchen in der DDR gezogen. Wo sehen Sie Parallelen?

Feige: Auch in der DDR hat der Staat die Kirchen als Gegner gesehen und versucht, sie zurückzudrängen. Heutzutage erscheint das Ausmaß der Diffamierungen vonseiten der AfD jedoch noch ungewöhnlicher. Die SED war durch den Marxismus-Leninismus atheistisch geprägt. Religion wurde als solche bekämpft. Die Strategie der AfD ist eine andere. Sie wirft uns vor, wir seien vom Evangelium abgefallen und vom Bösen besessen. Gleichzeitig behauptet sie, sie sei die einzige Partei, die wirklich christliche Werte vertrete. In Wahrheit jedoch geht es der AfD um ein identitäres Kultur-Christentum, das mit dem

Evangelium wenig zu tun hat. Das Christentum wird instrumentalisiert, um bestimmte Ziele zu erreichen.

Warum verfährt das in einem Bundesland, in dem nur eine Minderheit kirchlich gebunden ist?

Feige: Das ist ja das Kuriose. 85 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt sind konfessionslos. Trotzdem gelingt es der AfD, sich als vermeintliche Retterin des christlichen Abendlandes zu profilieren. In Wahrheit geht es aber um einen Kulturkampf. So attackiert die AfD auch das Bauhaus als antideutsche Kultur. Die Folgen sind nicht zu unterschätzen. Die Bundesländer haben weitreichende Zuständigkeiten bei der Kulturförderung, in der Bildungspolitik und beim Rundfunk. Wer dort regiert, kann diese Bereiche dramatisch verändern.

Die AfD vertritt allerdings auch Positionen, die sich mit denen der katholischen Kirche decken. Was sagen Sie also Katholiken, die AfD wählen wollen?

Feige: Natürlich gibt es Themen, die traditionalistische Christen emotional ansprechen können. Dazu gehört ein klassisches Familienbild, der Schutz ungeborenen Lebens und sicher auch Genderfragen. Aber man muss genauer hinsehen. Warum ist die AfD gegen Abtreibung? Geht es ihr wirklich um die Würde eines jeden Menschen und das Lebensrecht ungeborener Kinder? Nein, ihr geht es um eine »Regenerierung des deutschen Volkes«, wie sie es nennt. Das ist ein anderer Geist. Man kann nicht den Schutz des ungeborenen

Lebens einfordern und zugleich sagen, man müsse notfalls auf Flüchtlinge schießen, wenn sie unerlaubt die Grenze zu Deutschland übertreten, wie es die AfD-Politikerin Beatrix von Storch getan hat. Das Lebensrecht ist unteilbar.

Im Fall einer Regierungsübernahme hat die AfD die Neuverteilung der Staatsleistungen für die Kirchen angekündigt. Man könnte sagen: In einem Land mit 85 Prozent Konfessionslosen sind Staatsleistungen an Kirchen tatsächlich kaum noch vermittelbar.

Feige: Die Frage darf man stellen. Aber man darf daraus kein politisches Strafinstrument machen. Die Staatsleistungen sind historisch und rechtlich begründet. Wenn man Staatsleistungen neu regeln will, braucht es ein Grundsatzgesetz des Bundes und Verhandlungen. Aber es geht nicht, dass eine Landesregierung einseitig Finanzmittel nach politischer Gefälligkeit umverteilt.

Welche Vorkehrungen treffen Sie?

Feige: Wir machen uns auf verschiedenen Ebenen Gedanken, auch juristisch bereiten wir uns vor. Konkret kann ich das noch nicht ausführen. Wir sind dazu mit der evangelischen Kirche im Gespräch.

Interview: Ulrike Scheffer und Constantin Wißmann



Bewusst wählen: Eine katholische Initiative tritt für Menschenwürde, Menschenrechte und Gerechtigkeit ein